



Faschisten im Aufschwung

Linke und Arbeiterbewegung in der Defensive

Als vor einem Jahr Asylsuchende vor dem faschistischen Mob aus Hoyerswerda flüchten mußten, kritisierte die bürgerlich-demokratische Öffentlichkeit die "Ineffizienz" ihrer Polizei. Als im September das Rostocker Wohnheim in Flammen stand, schien ein Aufatmen durchs Land zu gehen: Die Ursache der Überfälle war endlich beseitigt! Die bürgerliche Öffentlichkeit gewöhnt sich an tägliche faschistische Brandstiftung, an die Verwüstung jüdischer Friedhöfe, Mordversuche und Morde an Immigranten, Lesben, Schwulen und Linken. Die letzten beiden Großdemonstrationen in Berlin und Bonn haben gezeigt, daß Hunderttausende für die uneingeschränkte Beibehaltung des Grundrechts auf Asyl eintreten. Aber die Beschränkung auf Eintagsaktionen, zusammen mit der opportunistischen Nachtrabpolitik v.a. von PDS und GRÜNEN, machten es der SPD leicht, diese Hunderttausende für ihre nationalistische und rassistische Demontagepolitik des Asylrechts zu vereinnahmen.

Rassistische Hetze der Demokraten und Aktionen der Faschisten

Das indirekte und direkte *Zusammenspiel* zwischen Parlament und Faschisten ist offensichtlich. Letztere nehmen die "offizielle" rassistische Hetze - "Asylanten-

schwemme", "Wirtschaftsflüchtlinge" oder "Überfremdung" - nur zu begierig auf und schreiten mit Terrorbanden zur "Lösung des Problems". Die angeblich hilflose Polizei wird erst dann eingesetzt, wenn die Nazis außer Kontrolle zu geraten drohen. Mit "vorübergehenden Festnahmen" reagiert der Staat im Normalfall auf rechte Schläger, während bei Gegenaktionen der Linken wie in Hof und Rostock hochgerüstete Polizei und BGS aufgefahren werden.

Die schwarz-gelbe Regierung verschärft seit dem letzten Jahr ihre nationalistische und rassistische Kampagne. Die deutsche Bourgeoisie und ihre demokratische Politikerkaste vertreten dabei zwar nicht das "Kopf-ab"-Programm des Nazi-Mobs. Vielmehr treten sie für eine gesteuerte Zuwanderung zur Profitmaximierung des deutschen Kapitals ein - und wenn Attacken auf Asylsuchende und Immigranten zu Milliardenverlusten auf dem Exportmarkt führen, geht das diesen Demokraten natürlich zu weit. Aber sie nutzen die Faschisten-Angriffe, um ihre Lüge vom "Asylproblem" noch tiefer in "Volkes Seele" zu verankern. Der deutsche Nationalismus kostet nichts, bringt aber viel ein. Er lenkt ab von den Ursachen für die Senkung des Lebensstandards, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Elend. Die bürgerlich-demokratische Hetze gegen die Asylsuchenden ist die Begleitmusik

für das Großmachtaufreten nach außen und den Abbau sozialer und politischer Rechte im Innern Deutschlands.

Waigel z.B. unterstrich das Zusammenspiel von bürgerlicher Demokratie und Faschismus in der "Asylantenfrage", als er bei der Regierungskoalition eine "Rechtsprofilierung" anmahnte. Am gleichen Tag, als die Faschisten in Rostock mobil machten, beschloß die SPD-Führungsriege, einer Asylgrundgesetzänderung nicht mehr im Wege zu stehen. Der SPD-Landtagsfraktionsprecher Degner, der auf die Mitschuld der Rostocker SPD-Führung bei den Pogromen verwiesen hatte, wurde geschloßt. Rechts von der CDU propagierte Lafontaine den Verzicht auf das individuelle Asylrechtsverfahren. Geeinigt hat sich die SPD-Spitze jetzt mit den Regierungsparteien mittels der Drittländerregelung auf die *de-facto-Abschaffung des Asylrechts*. Mit ihrer "Großen-Koalitionspolitik" glaubt die SPD-Führung, nach rechts abwandernde Wähler wieder integrieren zu können. Die Faschisten jedoch fühlen sich bestätigt und wittern erst recht Morgenluft.

Aussichten der Faschisten

In Bolschewik 1 (Mai 1992) schrieben wir:

"Der Linken und Arbeiterbewegung muß es gelingen, das braune Pack in die Schranken zu weisen, bevor sich die Faschisten zu einer Massenbewegung entwickeln können".

Diese Warnung wird durch die aktuelle Entwicklung dreimal unterstrichen. *In Deutschland wächst die Gefahr, daß eine organisierte, zentralisierte faschistische Massenpartei entsteht.* Eine kleinbürgerliche Terrorpartei, zusammengesetzt aus altem und neuem "Mittelstand", Arbeitslosen und rechten Teilen der Arbeiterklasse, könnte mit ihrer sozialen Demagogie, die sie scheinbar in Fundamental-Opposition zu den "etablierten Parteien" und dem Kapital setzt, massenhaft Zulauf

Inhalt:

Nachtrag zu Wunsiedel 1992	S. 3
Bundeswehr als UNO-Friedensstifter ?	S. 5
Arbeiterkämpfe in der BRD	S. 7
Kurdistan	S.16

BOLSCHEWIK 4

Gruppe Spartakus

Herausgeber: Gruppe Spartakus
Deutsche Sektion der Internationalen Bolschewistischen Tendenz

Redaktionsanschrift:

M. Martin, Postfach 210 254
W-1000 Berlin 21

Erscheint im Selbstverlag

V.i.S.d.P.: M. Martin, W-1000 Berlin 62

Abonnement: 4 Ausgaben (inkl. Extra-Ausgaben) DM 10,-
Übersee DM 15,-
(erscheint unregelmäßig)

Konto: M. Martin, Postgiroamt Berlin
(BLZ 10010010), KtoNr.: 14241-107

Signierte Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung der Redaktion.

erhalten. Die Sympathie von Bevölkerungskreisen z.B. in Rostock für die faschistischen Angriffe ist alarmierend.

Der Sieg der NSDAP 1933 zeigte das Wesen des Faschismus. Sein Ziel ist die Zerstörung der Arbeiterbewegung sowie die allumfassende Atomisierung der Bevölkerung inklusive der Unterdrückung jeglicher bürgerlich-demokratischer Regungen durch eine terroristische Diktatur zur Aufrechterhaltung der Herrschaft des Großkapitals. Trotz allem verzerrenden Gerede über das "IV. Reich" - soweit ist die BRD noch nicht. Allerdings zeigen Rudolstadt und Rostock, daß sich die nationale Koordination der Faschisten entwickelt: Ende dieses Jahres soll auf Initiative der "Deutschen Alternative" ein "Mobiles Einsatzkommando Ost" aufgebaut werden, um den Terror u.a. mit Kräften der "Deutsch Nationalen Partei", der FAP, NSDAP/AO und "Halleschen Deutschen Jugend" durchzuführen (taz, 17.10.92). Ihre Terrorziele sind klar erkennbar: jetzt die Asylsuchenden, dann die Immigranten und bald, im organisierteren Maßstab, die Linke und Arbeiterbewegung. Die bisher erfolgten Verbote durch den bürgerlichen Staat werden daran nichts ändern. Wie in der Vergangenheit reorganisieren sich die Faschisten schnell - mit Duldung der Behörden!

Verrat der reformistischen Führungen von SPD, DGB und PDS

Die Nazis versuchen noch nicht, größere Versammlungen und Demonstrationen der organisierten Linken und Arbeiterbewegung anzugreifen. Doch die offenkundige Unerfahrenheit, Ignoranz und Desorientierung der Linken - z.B. illusionäre (Verbots-)Appelle an den Staat - bis hin zur aktiven Sabotagepolitik seitens der sozialdemokratisch geführten Kräfte drohen, uns in eine Niederlage bei der anstehenden Konfrontation mit den Faschisten zu führen.

Die PDS ruft nicht, trotz ihrer normalerweise "immigrantenfreundlichen" Propaganda, zu wirklichen Aktionen gegen Faschisten auf. Statt sich *aktiv* von der SPD abzugrenzen und in *kämpferische Opposition* zum Staatsrassismus zu treten, lassen Gysi und Modrow die Wut Zehntausender PDS-Mitglieder in ohnmächtigen Protest- und Mahnveranstaltungen verpuffen. So rief auch die PDS, wie der DGB, zur Beteiligung an der 8. November-Demonstration in Berlin auf, die von Regierungsseite initiiert wurde, um "das häßliche Deutschland" international wieder hoffähig zu machen. Linke konnten sich nicht an diesem Marsch im Interesse der demokratischen Rassisten und Nationalisten beteiligen, mußten allerdings alles versuchen, die kaum mehr zu überbietende offizielle Heuchelei durch Gegenaktionen anzugreifen und eine Verbindung zu den Demonstranten herzustellen. Wenn jetzt - angesichts der vollauf berechtigten Störmanöver v.a. seitens der Autonomen - von "roten Faschisten" und "Demonstrationsterroristen" die Rede ist, beweist das nur, daß es ansatzweise gelungen ist, den Weizensäckern und Co. ihre demokratische Maske herunterzureißen.

Die SPD-Führung hat(te) einige Probleme, den pro-Regierungskurs von Engholm/Klose/Lafontaine in der Asylrechtsfrage durchzusetzen. Doch einzelne Landesparteitage und der Sonderparteitag bewiesen, daß es den sogenannten "Linken" in der SPD keines-

wegs prinzipiell um die uneingeschränkte Beibehaltung des demokratischen Rechtes auf Asyl ging. Man einigte sich auf die Aushöhlung des Artikels 16 (u.a. durch Anwendung der Genfer Konvention) sowie z.B. ein Einwanderungsgesetz, wobei Klose schon prophetisch ankündigte, daß selbst dieser antidemokratische SPD-Beschluß nicht 100% durchsetzbar sein werde. Proteste wie sie das Banner der Jusos in Rostock ausdrückten ("Rassismus auf Raten, Sozialdemokraten?") lassen hoffen, daß nicht alle Sozialdemokraten diese Entwicklung schlucken werden. Daß daraus wirklich eine Ausrichtung von Teilen der SPD-Basis auf unabhängige Aktionen gegen die Nazis entstehen könnte, ist heute jedoch nicht absehbar.

Die sozialdemokratisch dominierte DGB-Bürokratie muß etwas vorsichtiger als ihre Genossen im Parlament vorgehen, denn die einzelnen Gewerkschaften haben einen hohen Immigrantenteil. So tritt der DGB-Bundesvorstand zwar für die uneingeschränkte Erhaltung des Artikels 16 ein (Erklärung vom 07.10.1992), die offizielle Gewerkschaftspraxis jedoch besteht darin, sich ganz staatstragend hinter den bürgerlichen Demokraten und Unternehmern auf gemeinsamen Demonstrationen zu verstecken. Die Gegenmobilisierungen zu Wunsiedel und Rostock wurden von der DGB-Spitze sabotiert.

Wie vorwärts im Kampf gegen den aufkommenden Faschismus?

Nur die Arbeiterbewegung mit ihrem Immigrantenteil und deutschen Bestandteil hat die soziale Macht, den Faschismus zu stoppen. Dabei darf sie nicht vor den Grenzen des kapitalistischen Systems Halt machen.

Die Entwicklung des deutschen Kapitalismus produziert tagtäglich neue Kader für den Faschismus, während sich in der Arbeiterbewegung bislang noch viel zu wenig rührt. Immerhin haben nach dem Anschlag in Mölln vielerorts Diskussionen über Selbstschutz begonnen. Doch antifaschistische Gewerkschafter und Linke sind in Hunderten von verschiedenen lokalen Antifa-Bündnissen und Antirassismus-Gruppen tätig. Notwendig ist die Zusammenführung der bestehenden Initiativen. Im weitverzweigten, aber bis heute ungenutzten Netz der Gewerkschaften könnten die noch verstreuten Kräfte der Arbeiter- und

Immigrantenorganisationen, Flüchtlings-, Schwulen- und Lesbengruppen gebündelt werden und so jeden Bereich des öffentlichen Lebens in den Städten und in der Provinz gegen Nazi-Überfälle sichern.

Frauen und Männer in den Gewerkschaften müssen sich gegen die passive Gewerkschaftsbürokratie in Einheitsfrontbündnissen *gewerkschaftlich organisierter Selbstverteidigungsgruppen* zusammenschließen, deren Minimalprogramm in Forderungen bestehen könnte wie: *Faschisten raus aus dem DGB, kein Demonstrations- und Rederecht für Faschisten, volle staatsbürgerliche Rechte für Immigranten, Kampf der Demontage des Asylrechts.*

Über den DGB muß in den Betrieben für solche lokalen und regionalen Zusammenschlüsse mobilisiert werden. Die Praxis der gewerkschaftlichen Selbstverteidigungsgruppen könnte sich anfangs auf die Organisation des Schutzes von Immigrantenvohnheimen, den Schutz von Demonstrationen und linken Veranstaltungen bzw. von Minderheiten konzentrieren. Darüberhinaus müßten die faschistischen Versammlungs- und Parteilokale aufgesucht werden. Die weitergehende Aufgabe besteht darin, *die Faschisten zentral zu packen und zu demoralisieren.* Ziel muß die Sprengung ihrer zentralen, nationalen Aufmärsche (wie z.B. alljährlich Wunsiedel) sein. Kommen wir ihnen nicht heute zuvor, werden sie morgen umso brutaler zuschlagen und den gefährlich naiven Vertretern der "friedlichen Überzeugungsarbeit" ihren Dank mittels Baseballschlägern aussprechen.

Voraussetzung jeglicher effektiven proletarischen anti-faschistischen Aktion ist ihre klassenunabhängige Basis. Es darf zu keinem Schulterschuß mit dem demokratischen Rassismus und Nationalismus kommen. Die Ineffektivität der jetzigen Protestdemonstrationen und -aktionen linker, klassenübergreifender Aktionsbündnisse wird immer klarer angesichts des Aufschwunges, den die Faschisten erleben. Während die Gruppe Spartakus solche Aktionsbündnisse trotz ihrer Halbheiten unterstützt und sich daran beteiligt, sofern sie den Kampf gegen Nazis nicht sabotieren, ist immer wieder zu betonen: Es bedarf v.a. der proletarischen Basis des anti-faschistischen Kampfes in Stadt und Land, des täglichen Einbringens der sozialen Kraft der Lohnabhängigen, um die Nazis zu vernichten ■